

„Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden – Reformen und ihre Konsequenzen im Bundesländervergleich“

Ort: DVPW-Kongress Münster, 28/29. September 2006

Die dritte Tagung in der Reihe „Kommunalpolitik in den Bundesländern“ befasst sich mit Fragen der lokalen Bürgerbeteiligung, deren Ursachen und Konsequenzen, Unterschieden zwischen den Bundesländern sowie den (Er-)Folgen der jüngsten institutionellen Reformen auf diesem Gebiet.

Bürgerbeteiligung gehört zu den unabdingbaren Elementen eines demokratischen Gemeinwesens. Sie hat einerseits die Kontrolle und andererseits die Rückbindung der Politik an die Interessen der Bürger zum Ziel. Die lokale Ebene wird dabei wegen ihrer besseren Übersichtlichkeit, der direkten Betroffenheit sowie der Nähe der relevanten Akteure (Bürger, Politik, Verwaltung) zueinander als besonders partizipationsfreundlich angesehen. Hier können Bürger ihre repräsentativ-demokratischen politischen Teilhaberechte (Wahl der Gemeindevertretung) wahrnehmen. Darüber hinaus können sie ihren Interessen aber auch auf Bürgerversammlungen, bei speziellen Anhörungs- oder Beratungsverfahren, in Beiräten und durch neue Beteiligungsverfahren (Planungszellen, Bürgergutachten, runde Tische...) Ausdruck verleihen. Ebenso haben unkonventionelle Beteiligungsformen wie Bürgerinitiativen meist einen lokalen Bezug. Schließlich wurden mit den Reformen in den 90er Jahren die bereits bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten ausgeweitet durch Veränderungen des lokalen Wahlrechts, die bundesweite Einführung von kommunalen Referenden sowie die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte (z.T. auch deren Abwahl).

Das bisherige Wissen über die tatsächliche Beteiligung der Bürger auf kommunaler Ebene ist allerdings begrenzt. Es basiert primär auf deskriptiven Einzelfallstudien. Diese sind kaum mit vorhandenen Theorien und Erkenntnissen der Partizipationsforschung verknüpft und liefern selten systematische Erkenntnisse über das tatsächliche Ausmaß lokaler Bürgerbeteiligung, ihre Ursachen und ihrer Folgen. Dabei bietet gerade die kommunale Ebene auf Grund der Vielfalt an Fällen und der unterschiedlichen Kontextbedingungen ein ideales Forschungsfeld. Aus diesem Grund sollen auf der Tagung aktuelle Fragen lokaler Bürgerbeteiligung diskutiert werden. Ein Schwerpunkt liegt auf den Auswirkungen der jüngsten institutionellen Reformen. Die Befunde sollen systematisiert und miteinander in Verbindung gebracht werden, um unter anderem die Wirkungsweise institutioneller und gesellschaftlicher Kontextbedingungen zu beleuchten. Beispielhaft geht es um folgende Fragen: In welchem Ausmaß werden in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Formen lokaler Bürgerbeteiligung genutzt und wie hat sich dies über die Jahre verändert? Dabei können Langzeitvergleiche in einzelnen Bundesländern, aber auch Vergleiche über einzelne Bundesländer hinweg Aufschluss über mögliche Wirkungen institutioneller Veränderungen geben. Welche Faktoren (individuelle, gesellschaftliche, sozial-strukturelle, ökonomische, historische, politisch-situative oder institutionelle Rahmenbedingungen) prägen das Ausmaß lokaler Bürgerbeteiligung? Inwiefern haben die jüngsten institutionellen Reformen die Partizipation der Bürger auf der lokalen Ebene verändert? Wie hängen z.B. konkurrenz- bzw. konsensdemokratische lokale Strukturen mit der Nutzung direkt-demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten zusammen? Was bringt lokale Bürgerbeteiligung? Welche Folgen haben unterschiedliche Formen lokaler Bürgerbeteiligung für die Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik, das Machtverhältnis zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung, die Effizienz und Effektivität lokaler Problemlösung und Aufgabenerfüllung?

Abstracts für Tagungsbeiträge schicken Sie bitte bis zum 28. Februar 2006 an:

Dr. Angelika Vetter

Universität Stuttgart

Institut für Sozialwissenschaften (SOWI I)

Breitscheidstr. 2

70174 Stuttgart

e-mail: [angelika.vetter\(at\)sowi.uni-stuttgart.de](mailto:angelika.vetter(at)sowi.uni-stuttgart.de)